Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

AUSGABE
Nov 17
No. 78

Foto: Fraktion

Unsere Themen

Halbe – Halbe: Umweltbildung an Schulen 2
Schluss mit sexistischer Werbung 2
Stadtgesellschaft braucht Transparenz 3
Markthalle auf dem Weg 3
Amtsgericht stärkt Fraktionsrechte 4
Umweltinitiativen langfristig erfolgreich 4
Dauerbrenner Fahrpreiserhöhungen ÖPNV 5
Mischnutzungen ist das Gebot der Zukunft 6
Integration muss gut gemacht werden 7
Straßenverkehr: Rücksicht bitte! 7
Erholungsräume werden entwickelt 8

Ausstieg aus der Braunkohle – aber richtig!

von Norman Volger

Der Oktober 2017 stellt möglicherweise den Wendepunkt in der Energiegewinnung für die gesamte Region Leipzig dar. Unser Antrag zum schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle-Wärmegewinnung wurde im Sinne eines Alternativvorschlages der Verwaltung angenommen.

Dass sich auch die Stadt zu diesem schrittweisen Ausstieg grundsätzlich bekennt, ist erfreulich. Die Notwendigkeit dazu liegt auf der Hand. Braunkohle ist ein Klimakiller und Umweltverschmutzer. Ausstoß von CO_2 führt zur Erderwärmung. Feinstaub, Schwefeldioxid und Schwermetalle verpesten die Luft, den Boden und das Wasser. Die Braunkohlegewinnung zerstört Natur, Landschaften und den Lebensraum von tausenden Menschen und Tieren. In den Ausführungen zu unserem Antrag auf unserer Webseite finden sich dazu tiefgehende Informationen.

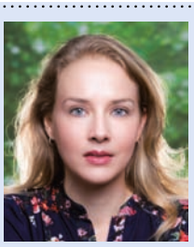
Der Ausstieg aus der Braunkohle-Wärmegewinnung kann auch die Abschaltung des Kraftwerks Lippendorf zur Folge haben. Dieses würde weniger Gewinne einfahren, wenn es keine Wärme mehr verkauft und auch die bisher angepriesene Systemrelevanz für die Versorgung von Leipzig mit Wärme wäre vom Tisch. Umso unverständlicher ist, dass die Autolobby von CDU, AfD und FDP im Stadtrat gegen unseren Antrag stimmte.

Ohne die Hintergrundbelastung des Braunkohlekraftwerks Lippendorf bei Feinstaub und Schwefeldioxid, die bis zu 30 % der Leipziger Belastung ausmacht, hätten wir kaum Probleme mit der Überschreitung von Grenzwerten zur Luftreinhaltung. Wenn also weitere Einschränkungen durch die Umweltzone kommen oder gar Fahrverbote angeordnet werden müssen, ist dies auch ein Verschulden der genannten Parteien, die sich so vehement gegen den Klimaschutz stellen.

Bei dem Ausstieg aus der Braunkohle dürfen natürlich nicht allein nur Umweltaspekte eine Rolle spielen, sondern ebenso Versorgungssicherheits- und Wirtschaftlichkeitsaspekte. Daher wird in den zu erarbeitenden Ausstiegsszenarien auch genau darauf geachtet werden müssen – so wurde es auch in unserem Antrag formuliert. Leipzig und die Stadtwerke und letztlich die Einwohnerinnen und Einwohner müssen auch alles bezahlen können.

Außerdem wäre niemandem geholfen, wenn plötzlich im Winter alle in der Kälte säßen. Daher wird die Entwicklung tragfähiger, ökologischer und bezahlbarer Lösungen für die Wärmeversorgung das Hauptaugenmerk der Ausstiegsszenarien sein.

In Anbetracht der schwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene und keinerlei Klarheit über den energiepolitischen Kurs einer neuen Bundesregierung wird sich die Erarbeitung der Ausstiegsszenarien aber wohl noch eine Weile hinziehen. Bis wir mit ersten, durch die Bürgerschaft zu diskutierenden Ergebnissen rechnen können, dauert es noch. Denn eins ist klar. Ohne die Leipzigerinnen und Leipziger werden wir keine Energiewende in der Stadt hinbekommen. Wir müssen alle auf diesem Weg mitnehmen.



Franka Moritz

Stadträtin, Jahrgang 1980, Juristin

FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • FA Wirtschaft und Arbeit • Aufsichtsrat Saatzucht Plaußig • Aufsichtsrat Leipziger Gewerbehof mbH & Co KG • Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) • Regionaler Planungsverband

Unsere neue Stadträtin

Franka Moritz wurde in der Ratsversammlung im September 2017 vom OBM als Stadträtin verpflichtet. Sie nimmt damit den Platz von Anett Ludwig ein, die die Fraktion aus beruflichen Gründen verlassen musste. Franka Ludwig ist 37 Jahre alt, Juristin und freiberufliche Dozentin. Sie wird unsere Fraktion in den Themen Soziales und Schule, Wirtschaft und Arbeit unterstützen.

Norman Volger

Fraktionsvorsitzender, umwelt- und ordnungspolitischer Sprecher, Jahrgang 1978, Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften, verheiratet, 2 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss • Vergabegremium VOL • FA Umwelt und Ordnung • FA Finanzen • Aufsichtsrat Leipziger Wasserwerke GmbH

Eine demokratische Stadtgesellschaft braucht Transparenz

von Katharina Krefft

2018 wird das Jahr der Demokratie in Leipzig. In zwei öffentlichen, sehr gut besuchten Foren und vier Beiratssitzungen haben wir uns mit der Stadtverwaltung auf eine Förderung in Höhe von 500.000 € verständigt. Wie soll diese verteilt werden und welche Förderkriterien liegen zugrunde?
Neben Agenturleistungen für Moderation, Öffentlichkeitsarbeit und methodischer Begleitung werden 100.000 € zur direkten Förderung à 15.000 € über den Lokalen Aktionsplan, 120.000 € à 40.000 € über das Demokratiejahr und 50.000 € für repräsentative Demokratie vergeben (zum Beispiel Stärkung Stadtbezirksbeiräte), in gleicher Höhe werden internationale Projekte gefördert.
Weitere Beträge sind zur Abwicklung und personellen Verstärkung erforderlich. Inhaltlich sollen die Projekte auf Zusammenarbeit angelegt sein – wir wollen erreichen, dass neue Akteure Platz finden, gleichwohl bewährte Akteure gewürdigt werden. Mit der Kooperation soll eine Verbreitung gefördert werden, die auch nachhaltig wirkt. Die Projekte sollen erlebbar und sichtbar sein, wir wollen mutig sein und innovative Ansätze unterstützen. Und damit bewirken, dass wir neue Zielgruppen erreichen, um die Leipziger Gesellschaft in ihrer Vielschichtigkeit und Vielfalt anzusprechen. Denn Demokratie braucht einen ganz breiten Rücken. Keiner kann mehr wegdiskutieren, dass Sachsen ganz besondere Anstrengungen unternehmen muss, um die Demokratie zu verteidigen. 2019 ist Landtagswahl, und welche Auswirkungen eine rechte Staatsregierung haben kann, wird gerade im sozialen und kulturellen Umfeld als Gefahr verortet. Die Antwort kann nur in mehr Transparenz von Verwaltungshandeln und in vielfältiger, verstärkter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Vorbereitung von Entscheidungen liegen. Wenn die Menschen den repräsentativen Gemeinderäten und Parlamenten vertrauen sollen, muss die Politik sie mehr einbinden. Aus meiner Sicht ist die aktuelle Demokratiekrise eine Krise der Exekutive. Viel zu viele Kompetenzen sind bei der Verwaltung mit ihren Hierarchien gebunden. Etwas sarkastisch formuliert: Einigen Amtsleitern ist es egal, wer unter ihnen Bürgermeister ist. Ein Oberbürgermeister definiert seinen Machtbereich für sich. Wir sind hochzufrieden mit dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes, den wir angerufen hatten, weil Oberbürgermeister Jung wiederholt Anträge unserer Fraktion nicht zugelassen hatte.

Foto: Fraktion

Unser Antrag auf transparentes Verwaltungshandeln wurde im Stadtrat mit Stimmengleichheit denkbar knapp abgelehnt, die Debatte zeigte allerdings sehr klar, wie Grüne sich verantwortliche und konstruktive Kommunalpolitik vorstellen: breite Information, öffentliche Diskussion statt Klüngelei und frühzeitige Einbindung statt nachträglicher Akteneinsicht, wenn eh nichts mehr zu retten ist.
Sein Umdenken hat der Oberbürgermeister noch nicht erkennen lassen, es wird ihm aber gar nichts anderes übrigbleiben, wenn ihm ernsthaft an der „Stadt der Demokratie" gelegen ist.

Katharina Krefft

Fraktionsvorsitzende, schul- und sozialpolitische Sprecherin, Jahrgang 1978, Ärztin, verheiratet, 5 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss • FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • Aufsichtsrat Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat Klinikum St. Georg gGmbH

Markthalle rückt in greifbare Nähe

von Tim Elschner

Früher gab es Markthallen in fast jeder Stadt. Mit dem Aufkommen der Supermärkte im 20. Jahrhundert erlebten diese Umschlagplätze ihren schleichenden Niedergang. Doch heute entdecken immer mehr Städte ihre meist historischen Markthallen wieder: so ist die Stuttgarter Markthalle, im Jugendstil erbaut, ein Anziehungspunkt für Einheimische und Gäste. Auch die Markthalle Kassel, ein Renaissancebau, ist ein Schmuckstück.
Für uns Grüne ist eine Markthalle am historischen Standort eine Herzensangelegenheit. Aus Leserbriefen, Schreiben, Umfragen und vielen Gesprächen wissen wir: viele Leipziger und Leipzigerinnen wünschen sich einen Neubau auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz. Denn die 1891 fertiggestellte historische Markthalle wurde 1943 durch einen Bombenangriff leicht beschädigt und erst zu DDR-Zeiten abgerissen. Seit 2008 drängt unsere Fraktion immer wieder die Verwaltung und im Stadtrat, Baurecht für die Errichtung einer neuen Markthalle zu schaffen. Mit dem von uns 2011 initiierten Grundsatzbeschluss wurden dann endgültig die Weichen gestellt.
Der Neubau einer Markthalle ist sowohl für die Stadt als auch den Projektentwickler eine Herausforderung, denn die Anforderungen für moderne Markthallen sind ganz anders als früher. Wie es aber erfolgreich gehen kann, zeigen uns zwei bemerkenswerte Beispiele in Europa. 2014 wurde in Rotterdam die erste niederländische Markthalle eröffnet: ein neues Wahrzeichen der Stadt, welches auf beeindruckende Weise Einkaufen, Essen, Arbeiten, Wohnen und Kultur unter einem Dach vereint! Außerdem die 2011 in Kopenhagen eröffnete Markthalle. Sie beide sind innerhalb kürzester Zeit populäre Anlauf- und Treffpunkte für die Stadtgesellschaft und Cityreisende geworden!
Der Neubau der Leipziger Markthalle ist nunmehr ein wichtiger Bestandteil der Planungen auf dem Leuschnerplatz. Im September 2017 hat der Stadtrat mit der Masterplanung dies noch einmal bekräftigt. Auf dieser Grundlage wird nun der Bebauungsplan erarbeitet, der nach öffentlicher Auslegung und Bürgerbeteiligung Anfang 2019 Rechtskraft erlangen könnte. Danach kann eine Baugenehmigung für die Markthalle erteilt werden.
Um die Markthalle als einen neuen „Lebensmittel-Punkt" erfolgreich zu platzieren, braucht es ein tragfähiges und multifunktionelles Nutzungskonzept. In Berlin hat sich zum Beispiel die Markthalle Neun zum Ziel gesetzt zu zeigen, wie „Anders-Essen" und „Anders-Einkaufen" in der Stadt möglich ist. Das Angebot ist regional und saisonal, verbunden mit lokaler Wertschöpfung. Mit der schrittweisen Wiederansiedlung des kleinteiligen Lebensmittelhandels und -handwerks auf der zuvor von Discountern dominierten Fläche ist es gelungen, einen neuen lebendigen Ort zu etablieren.
„Wann wird endlich die Markthalle gebaut?" Diese Frage wird zu Recht immer wieder gestellt. Vor 126 Jahren, am 26. Mai 1891, wies der damalige Leipziger Oberbürgermeister Otto Georgi bei der feierlichen Einweihung darauf hin, dass der Stadtrat bereits in den 1870er Jahren erstmals die Markthallen-Idee diskutierte. Dies macht uns vor allem eines deutlich: Heute wie damals braucht eine gute Stadtentwicklung Zeit!

Tim Elschner

Stadtrat, stadtentwicklungs- und verwaltungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz, Jahrgang 1968, Jurist

FA Stadtentwicklung und Bau • FA Allgemeine Verwaltung • Grundstücksverkehrsausschuss • Umlegungsausschuss • Gestaltungsforum

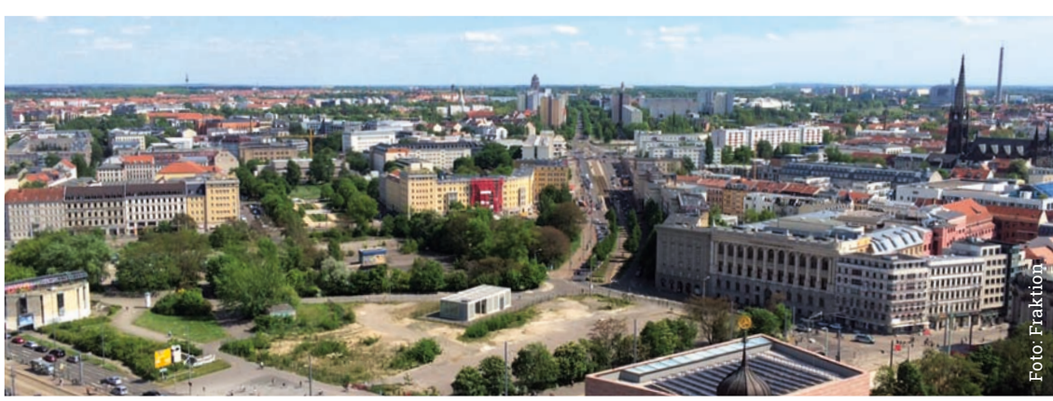


Foto: Fraktion

Halbe – Halbe: ein Projekt zur aktiven Umweltbildung

von Cordula Rosch

Halbe-Halbe ist eines unserer Lieblingsprojekte, hinter welchem wir vorbehaltlos stehen und dem wir großen Erfolg wünschen. Meine Fraktion hat das Projekt 2015 zum Start gebracht und ist anschließend leider konsequent ausgebootet worden. Unser Oberbürgermeister nimmt die Preise entgegen und vergisst seine Partner ist Sachen Klimaschutz.

Beim Projekt Halbe-Halbe sucht die jeweilige Projekt-Schule Möglichkeiten der Energie- sowie Wassereinsparungen in ihrer Schule und prüft dafür die Verbrauchsgewohnheiten. Da die Schulen die Hälfte der eingesparten Kosten zur freien Verwendung einbehalten dürfen, ist ein starker finanzieller Anreiz gegeben, Maßnahmen zum effektiven Sparen zu finden. Sicher ist schon, dass es nicht generell von Nachteil ist, wenn eine Schule saniert ist, denn auf die Einstellung der Nutzerinnen und Nutzer kommt es am maßgeblichsten an.

In anderen Kommunen läuft das Projekt seit Jahren erfolgreich. Frankfurt/Main ist seit 1996 aktiv – im Jahr 2011 wurde die 100. Schule in das Programm aufgenommen. Seit Projektbeginn wurden dort bemerkenswerte 3.500.000 EUR Energiekosten eingespart. Wir wurden beim Antrag durch den Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und IP-Building beraten. Eigentlich sollte das Projekt schon 2016 starten, aber die Verwaltung benötigte ein Jahr mehr an Vorbereitungszeit. Zwischenzeitlich wurde 2016 die Anschubfinanzierung durch das Bundesumweltministerium übernommen, was Teil des Auftrages des Stadtratsbeschlusses war, mit einer Urkundenübergabe der Ministerin an den OBM in Leipzig. Unsere Fraktion, als Initiatorin und quasi geistige Patin, war nicht eingeladen. Wir erfuhren aus der Presse davon, woraufhin wir per Anfrage den OBM daran erinnerten, dass er sich ungeniert „mit fremden Federn schmückt".

Cordula Rosch

Referentin der Fraktion, Jahrgang 1968, verheiratet, 3 Kinder

Beirat Schulbibliotheken • Stadtbezirksbeirat Südwest • Gemeindewahlausschuss

Dennoch gehen die Ärgerlichkeiten für uns weiter, denn trotz der öffentlichen Ermahnung wurden wir auch jetzt beim Start wieder nicht beteiligt. Stattdessen müssen wir, wenn wir den Fortschritt des Projektes beobachten wollen, selbst an die Schulen herantreten und dort darauf aufmerksam machen, dass wir ein durchaus berechtigtes Interesse haben. Man muss sich schon fragen, ob ein OBM, der mitsamt seiner Verwaltung sowohl bei Erfolgen als auch bei der Umsetzung von Stadtratsinitiativen den Stadtrat ignoriert, der politischen Kultur nicht einen bösen Bärendienst erweist.

Nun beginnt die aktive Projektphase, mit der Heizperiode 2017 sind sechs Schulen dabei, bis 2021 sollen 30 Leipziger Schulen mitmachen. Die Grundschulen August-Bebel-Schule (unsanierter Altbau), die Hans-Kroch-Schule (Plattenbau) und die Schule Holzhausen (teilsanierter Altbau); die Gymnasien Anton-Philipp-Reclam-Schule (Umbau von 2013) und die Immanuel-Kant-Schule (sanierter Altbau) sowie die Susanna-Eger-Schule (sanierter Plattenbau) als Berufliches Schulzentrum beginnen. Damit sind die Objekte im Stadtgebiet repräsentativ verteilt und Gebäudearten in verschiedenem Zustand in der Pilotphase vertreten.

Foto: Pixabay · stevepb

Leipzig ohne sexistische Werbung

von Dr. phil. Gesine Märtens

20 Prozent aller Kinder in Deutschland sind zu dick. Wir wissen dies und wir diskutieren die Möglichkeiten der Einschränkung von Werbung für süße und fette Lebensmittel.

121.000 Menschen in Deutschland starben 2013 an den Folgen des Rauchens. Wir diskutieren nicht mehr über ein Außenwerbeverbot für Tabak, sondern warten darauf, dass sich Deutschland als letztes Land der Europäischen Union dem Außenwerbeverbot anschließt.

Es gibt etwa 150.000 bis 200.000 Menschen in Deutschland, die an Magersucht erkrankt sind. 90 Prozent davon sind Mädchen und junge Frauen. Magersucht kann tödlich sein.

Wir in Leipzig warten nicht mehr auf ein gesetzliches Verbot von Werbung, die Personen auf ihre Sexualität reduziert, von Werbung, die Nacktheit übertrieben herausstellt und von Werbung, die keinen sozial akzeptablen Zusammenhang zwischen Produkt und Präsentation gibt, sondern haben die Initiative ergriffen. Wie andere Städte werden wir unseren Werbekonzessionären zukünftig in den Vertrag schreiben, dass die Regeln des Deutschen Werberates einzuhalten sind: Werbung in Leipzig darf demnach zukünftig keine Form der Diskriminierung anregen oder stillschweigend dulden, die auf Rasse, Abstammung, Religion, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung bzw. die Reduzierung auf ein sexuelles Objekt abzielt. Sie darf außerdem keine Form gewalttätigen, aggressiven oder unsozialen Verhaltens anregen oder stillschweigend dulden.

Warum? Sexistische Werbung schadet uns. Sie verleitet uns, den menschlichen Körper als Konsumobjekt zu betrachten. Konsumobjekte erwerben wir, benutzen wir und werfen wir weg. Menschen sollen von diesem Kreislauf ausgenommen sein. Man nennt das auch „sexuelle Objektivierung".

Sie wird unter anderem durch sexistische Werbung ausgelöst. Sie ist die Ursache für Körperscham und ein Grund für Essstörungen. Sie verringert den Selbstwert, macht aggressiv und fördert Depressionen.

Wird Leipzig dadurch weniger Einnahmen durch Werbung erzielen? Ja, vielleicht. Aber wie viel ist uns das Leben eines einzelnen jungen Mädchens oder Jungen und die Gesundheit der Leipzigerinnen und Leipziger wert?

Was kann ich tun, wenn ich Werbung sehe, die ich für sexistisch halte?

Wichtig ist, die Werbung zu fotografieren, einen Screenshot zu machen oder den Link zu kopieren.

Es gibt zwei gute Möglichkeiten, auf eine Werbung hinzuweisen, die Sie für sexistisch halten. Auf der Internetseite des Deutschen Werberates finden Sie ein Beschwerdeformular (www.werberat.de/beschwerdeformular). Der Werberat prüft Ihre Vermutung. Sie erhalten auf jeden Fall eine Antwort. Der Hamburger Verein pinkstinks e. V. hat das Projekt Werbemelder*in (www.werbemelder.in) gestartet. Dort finden Sie auch ein Meldeformualformular und viele Informationen.

Dr. phil. Gesine Märtens

Stadträtin, gleichstellungspolitische Sprecherin, Jahrgang 1971, Therapeutin, Sozial- und Kulturwissenschaftlerin, Partnerschaft, 2 Töchter

Fachausschuss (FA) Umwelt und Ordnung • FA Kultur • BA Kulturstätten • Gleichstellungsbeirat • Aufsichtsrat LEVG • Aufsichtsrat LEVG & Co KG • Aufsichtsrat Leipziger Stadtwerke GmbH

Die Organisation Terre de Femmes bietet einen prägnanten Überblick zu den Entscheidungskriterien (www.frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/frauenfeindliche-werbung/checkliste)

Ausführliche Infos finden Sie zum Beispiel auf der Website der österreichischen Werbewatchgroup (www.watchgroup-sexismus.at)

Berichte aus dem Stadtrat

Frauenförderung in städtischen Unternehmen

Während für den öffentlichen Dienst die gesetzliche Pflicht zur Benennung von Frauenbeauftragten und Erstellung von Frauenförderplänen besteht, galten diese bislang nicht für die Eigenbetriebe und Unternehmen der Stadt. Gleichwohl werden mit der Novellierung des Gleichstellungsgesetzes des Landes Sachsen solche Vorgaben für Beteiligungsunternehmen erwartet. Gegen die Stimmen aus der CDU bekam unser Antrag eine Mehrheit und die Unternehmen wurden beauftragt, Frauenbeauftragte zu bestellen und die Aufstellung von Frauenförderplänen umzusetzen. Unser Ziel ist die Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und guter Arbeitsorganisation sowie gleichen Entwicklungschancen für Frauen. In Leipzig gibt es rund 100 städtische Unternehmen mit etwa 15.000 Beschäftigten.

Amtsgericht weist OBM Jung in die Schranken

von Ingo Sasama

Das hat es noch nicht gegeben: Eine Fraktion verklagt den OBM, weil er sie in der freien Ausübung des Mandates behindert. Und: Sie bekommt Recht. Das Amtsgericht wies den OBM und damit indirekt auch seine Amtskollegen deutlich in die Grenzen.
Was war passiert? Immer wieder hat der OBM Anliegen verschiedenster Fraktionen zurückgewiesen und ihre Behandlung verweigert. Regieren nach Gutsherrenmanier nennt das unsere Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft.

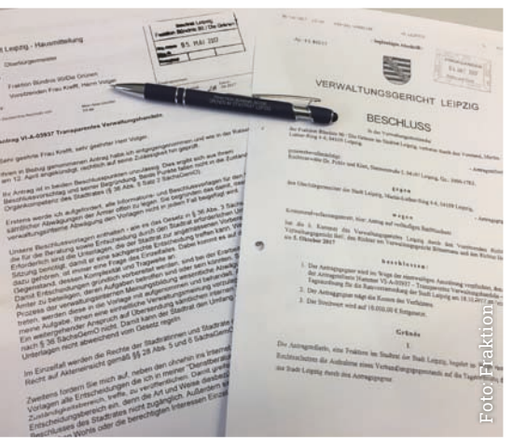


Foto: Fraktion

Das wurde unserer Fraktion, mehrfach davon betroffen, nun zu viel. Unser Antrag, in dem der OBM aufgefordert wurde, alle Informations- und Beschlussvorlagen inkl. aller relevanter Anlagen, die für den Stadtrat zu seiner Meinungsbildung erforderlich sind, vollständig offenzulegen, wurde von diesem nicht zur Behandlung im Stadtrat zugelassen.
Das Gericht hat angeordnet, dass der OBM den Antrag zur Behandlung aufnehmen musste. Der Beschluss (*) war für uns auch in gewisser Weise richtungsweisend, welche Kompetenzen die Ratsfraktionen besitzen, ob sie dem OBM Empfehlungen, Aufforderungen oder Vorschläge mittels Antrag unterbreiten dürfen.
Das Verwaltungsgericht gab unserer Klage vollumfänglich recht. Neben der Bestätigung der Einhaltung der Ordnungsmäßigkeit der Verfahrensfragen hat es sich sehr umfassend mit den aufgeworfenen inhaltlichen Fakten befasst. Festgestellt wurde eingangs, dass es sich um eine „Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft" – und dies ist erfahrungsgemäß wohl die ganze Palette der Lebenswirklichkeiten der Menschen – handeln muss. Eine weitere Einschränkung (z. B. örtlich oder sachlich) hat das Gericht nicht nur nicht vorgenommen, sondern ausdrücklich die uneingeschränkte Befassungskompetenz des Stadtrates in der gesamten Themenbreite hervorgehoben. Allerdings dürfe es sich nicht um eine bloße „politische Stellungnahme" handeln.
Der Kernsatz der Urteilsbegründung ist aber wohl der, „... dass eine inhaltliche Prüfungskompetenz des Bürgermeisters für die Verhandlungsgegenstände der Tagesordnung nicht anzunehmen ist".
Damit wird ihm und allen seinen Amtskollegen sehr deutlich das Recht abgesprochen, darüber zu befinden, womit sich der Stadtrat beschäftigt.

Das bedeutet faktisch eine große Stärkung der Selbstbefassungsrechte und dürfte wegweisenden Charakter für die Ratsarbeit in ganz Deutschland haben. Noch nie hat ein Gericht unserer Kenntnis nach eine solch klarstellende Ausweitung der Rechte eines demokratisch gewählten Gemeinderates vorgenommen. Es ist ein richtungsweisender Schritt zu mehr Mitwirkungsmöglichkeiten aller demokratisch gewählten Stadtratsfraktionen in der Zukunft.
Souverän in unserem Land sind und bleiben die Volksvertretungen – nicht die ausführenden Organe. Oberbürgermeister Jung sollte das Urteil zum Anlass nehmen, seine Grundeinstellung zum „Souverän" Stadtrat neu und sehr selbstkritisch zu überdenken und seine zahlreichen Ankündigungen zu mehr Transparenz endlich in die Tat umsetzen.

(*) Den vollständigen Gerichtsbeschluss finden Sie auf unserer Webseite.

Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer, Jahrgang 1960, verheiratet, 3 Kinder, 3 Enkel

Aufsichtsrat Stadtwerke • Aufsichtsrat Lecos

Grünes Engagement lohnt – Umweltanträge in Langzeitbetrachtung

von Annette Körner

Ein Weltklimagipfel hat wieder begonnen um aufzuhalten, was noch mehr Trockenheit und Überschwemmungen bringt, Armut und Flüchtlingsströme begründet, Artensterben forciert und die Zukunft unserer Kinder gefährdet. Und auch Leipzig diskutiert seine Klimaschutzziele.
Wenn über 23.000 Delegierte aus 197 Ländern in Bonn beraten und uns Dokumentationen aufrütteln, steht auch die Frage, was wir in Leipzig tun und welche Ergebnisse unsere Umweltinitiativen haben. Durch einzelne Mitglieder des Wirtschaftsausschusses wird uns nicht selten Unverständnis zum Vorrang für umweltfreundliche Mobilität oder auch zur Förderung von Bioprodukten und Fairem Handel entgegengebracht. Warum die Mühen der Landwirte und Händler, die Umweltbelastungen vermeiden und dies sich sogar zertifizieren lassen, bei einigen Stadtpolitikern noch keine Anerkennung finden, erschließt sich kaum. Es ist sinnvoll, ökologisch verantwortliches Wirtschaften besonders zu befördern, sowohl regional als auch in Verantwortung für andere Länder in der Ferne.
Unsere Parkanlagen tragen wichtige Grundfunktionen. Damit Naturschutz und Naherholung besser zusammengehen, hat der Stadtrat gerade ein Parkkonzept beschlossen. In den neunziger Jahren kamen wir mit unseren Ideen zu konzeptionellen Freiraumstrategien kaum durch, über unsere Forderungen zu Dachbegrünungen machte man sich lustig. In diesem Jahr hat die Stadt einen Gründachpreis ausgeschrieben und lädt zu Fachtagungen ein. Zu vielen Themen aus unseren Antragsinitiativen gibt es Entwicklungen und Früchte. Der Stand der Technik ändert sich, Umweltbildung greift und nachhaltiges Wirtschaften findet zunehmend seine Befürworter.
Durch uns einst angeregt gibt es heute ein Solardachkataster, eine Klimaschutzleitstelle und darüber hinaus städtische Umwelt-, Energie- und Klimaschutzziele sowie zahlreiche Stadtratsbeschlüsse, dazu ergänzend.

Foto: Stadt Leipzig

Auch die Bürgerinnen und Bürger werden seit Jahren stärker einbezogen – wie auf der Leipziger Klimakonferenz. Stolz ist man zugleich, dass die Sächsische Staatsregierung Leipzig mit dem European Energy Award (EEA) in Gold ausgezeichnet hat. Wir wissen, die Grundlage dazu war vor Jahren ein erfolgreicher bündnisgrüner Antrag. Eine ämterübergreifende Zusammenarbeit im Energieteam folgte. Das vorgegebene sehr differenzierte Analysetool ist zur Grundlage geworden, sich strategisch zu Energieverbräuchen aufzustellen, Ziele und Maßnahmen zu entwickeln, um Energie zu sparen, Emissionen zu verhindern und Energie und Verkehrswende in Richtung regenerativer Energien voranzubringen.
Das internationale Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad einzudämmen, ist längst nicht erreicht. Und auch zum Leipziger Ziel, dass sich die Pro-Kopf-Emissionen auf max. 2,5 Tonnen Kohlendioxidäquivalente jährlich senken, gibt es bisher noch keine gesicherten Maßnahmen. Aber die Stadt stellt sich dem Thema. Und wir Grüne bleiben aufmerksam, kritisch und anregend.

Annette Körner

Stadträtin, kultur- und wirtschaftspolitische Sprecherin, Vorsitzende des Kulturausschusses, Jahrgang 1962, 3 Kinder, Dipl.-Chemikerin, Master of Arts (2004, Umwelt und Bildung), Betriebliche Umweltschutzbeauftragte in der LVB-Unternehmensgruppe, Förderverein des Umweltinformationszentrums Leipzig

FA Kultur (Vorsitzende) • BA Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtreinigung und Grünpflege • Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) • Trägerversammlung Sparkasse • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

Berichte aus dem Stadtrat

Klimakiller Heizpilze

Wärmestrahler sind umweltschädlich. Sie haben eine Leistung von bis zu 14 kWh; was für die Beheizung eines durchschnittlichen Einfamilienhauses reicht. Schon bei einer Laufzeit von vier Monaten wird ein CO_2-Ausstoß von ca. 2 t verursacht. Bereits im April 2011 beschloss der Stadtrat auf unseren Antrag hin den Start einer Kampagne zum freiwilligen Verzicht auf Heizpilze durch Leipziger Gastronomen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass auf diesem Weg keine Verbesserungen eingetreten sind, im Gegenteil, sie werden inzwischen sogar im Sommer genutzt. Im Ergebnis einer wirren Diskussion zu Interessen des Umweltschutzes und der Luftreinhaltung auf der einen, den wirtschaftlichen und Lifestyle-Interessen auf der anderen Seite, wird nun eine Konkretisierung der Sondernutzungssatzung der Stadt Leipzig umgesetzt. Dadurch wird die Nutzung von Wärmestrahlern für Freisitze künftig kostenpflichtig.

Leipzig grüner machen!

Zum Tag des Baumes hat unsere Fraktion eine Baumpatenschaft für eine Platane übernommen. „Leipzig grüner machen“ heißt unser Ziel und ab sofort auch die Aufschrift auf der Patenschaftsplakette für unsere Fraktions-Platane in der Karl-Tauchnitz-Straße. Wir unterstützen damit das erfolgreiche Programm „Baumstarke Stadt“, welches individuell immer den Wunsch nach einer gesunden umweltfreundlichen Stadt sichtbar macht. Und wir danken allen Leipzigerinnen und Leipzigern für ihr sichtbares Engagement für unsere wertvollen Stadtbäume.

Foto: Fraktion

Dauerbrenner Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV

von Daniel von der Heide

Im September diskutierte der Stadtrat einmal mehr über das Thema Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV. Wir sind der Meinung, dass die Kostensteigerungen nicht mehr alleine durch die Fahrgäste zu finanzieren sind. Unsere Fraktion hat sich deshalb für ein vorläufiges Tarifmoratorium und eine stärkere finanzielle Verpflichtung des Leipziger Haushalts eingesetzt, was allerdings von einer Mehrheit des Rates abgelehnt wurde.

Daniel von der Heide

Stadtrat, verkehrspolitischer Sprecher, Jahrgang 1983

FA Stadtentwicklung und Bau • Verwaltungsausschuss • Rechnungsprüfungsausschuss • Aufsichtsrat LVB GmbH (LVB) und Leobus • ZV Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

Noch im Jahr 2015 kündigte die Verwaltung im Zuge einer Petition an, dass den Gremien Ende 2016 bzw. in 2017 ein endabgestimmtes und rundes Konzept eines finanzierbaren ÖPNV vorgestellt werden kann. Aber, es gibt nichts. Gar nichts. Die Gutachten, die der MDV aufwändig erstellen ließ, sind durch CDU und SPD in die Schublade geschoben worden. Nun hat letztgenannte Fraktion öffentlichkeitswirksam mitgeteilt, dass sie den jährlichen Anstieg der Ticketpreise bei den Leipziger Verkehrsbetrieben (LVB) künftig verringern und dem Stadtrat die Einflussmöglichkeiten auf die LVB zurückgeben will. Mit einem Blick in die Historie der Entscheidungen, ihrer jahrelangen Ablehnung eines Tarifmoratoriums wie auch ihrer Ablehnung zur weiteren Befassung mit alternativen Finanzierungsmodellen, erscheint dies eher scheinheilig als seriös.

Der Ausgleichsbetrag der Stadt an die Leipziger Verkehrsbetriebe wurde vor Jahren schrittweise von jährlich 63 auf 48 Mio. € gesenkt und ist trotz steigender Kosten seit Jahren nicht erhöht worden. Dennoch können die LVB heute mehr investieren, sowohl in die Instandhaltung des Netzes als auch in neue Straßenbahnen.

Dass, wie von der SPD vorgeschlagen, der Stadtrat über geforderte Eigentümerziele noch weitere Effizienzen festlegen soll, erscheint uns vor allem respektlos all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LVB gegenüber, die ja genau diese Effizienzgewinne der letzten Jahre bereits erzielt haben. Dass die LVB die steigenden Kosten zum Teil über Fahrpreiserhöhungen an die Fahrgäste weitergeben mussten, ist Folge der Politik der Stadtratsmehrheit, die seit Jahren jegliche Initiative zur Erhöhung des Ausgleichsbetrages ablehnt.

Aber auch die Diskussion im Land sollte nicht nur allein die LVB für Leipzig führen müssen, z. B. in der Strategiekommission zum ÖPNV. Wenn man die Stellungnahme der Stadt zum Nahverkehrsplan des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) liest und sich bewusst macht, dass der ZVNL die Mobilitätsanforderungen in Leipzig offensichtlich so gar nicht auf dem Schirm hat, dann muss ich mich schon fragen, wo der Leipziger Einfluss und die Leipziger Stimmen im Land und insgesamt in den relevanten Gremien ist…

Wir hoffen nun, nachdem die Verwaltung, wie von uns Grünen damals beantragt, verschiedene Szenarien künftiger Mobilität vorgelegt und in die öffentliche Diskussion gegeben hat, eine vernünftige und zielorientierte Abwägung zur künftigen Finanzierung des ÖPNV diskutiert und vorgenommen werden kann. Wir werden diesen Prozess engagiert und mit dem Ziel einer nachhaltigen Stärkung des Umweltverbundes aus Rad, ÖPNV und Car-Sharing begleiten.

Berichte aus dem Stadtrat

Stationsungebundenes Carsharing

Künftig wird es möglich sein, Carsharing-Fahrzeuge nach ihrer Nutzung nicht mehr nur ausschließlich auf den dafür markierten Stellplätzen abzustellen, sondern im ganzen Stadtgebiet auf allen öffentlichen Parkplätzen. Unsere Fraktion unterstützt dieses Vorgehen, da es dazu führen wird, dass Carsharing einen deutlichen Ausbau erfahren wird. Möglicherweise wird dies auch anderen Anbietern neben dem etablierten Partner TeilAuto einen besseren Marktzugang bieten und so eine gesunde Konkurrenz in dem Bereich ermöglichen. Diskussionen gab es dazu, dass die Anzahl von Carsharing-Autos auf zunächst 750 gedeckelt wird, wogegen sich unsere Fraktion aussprach, und dass E-Fahrzeuge, wie von der Verwaltung vorgeschlagen und mit den Stimmen unserer Fraktion vom Stadtrat beschlossen, von den Stellplatzgebühren befreit werden.

Foto: Fraktion

Berichte aus dem Stadtrat

Würdiger Gedenkort für die Opfer des 17. Juni 1953

Auf dem Südfriedhof befindet sich seit 1994 ein Gedenkort für die Opfer des 17. Juni 1953. Die Grab- und Gedenkanlage „Opfer der Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989“, auf der unter anderem auf kleinen Granitplatten auch die Namen der Toten des 17. Juni 1953 verzeichnet sind, ist der Gedenkort für die Opfer des Volksaufstandes und der ersten Demokratiebewegung der DDR. Er liegt – zu der Zeit der Bestattung politisch motiviert – völlig unscheinbar am äußeren Rand der Friedhofsanlage im Urnengarten Nord. Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass dieser Gedenkort erneuert und in das Leit- und Wegesystem des Südfriedhofes eingebunden wird. Außerdem soll eine künstlerische Würdigung der Opfer eingefügt und durch eine Informationstafel mit Erläuterungen ergänzt werden.

Ökolöwe - Umweltbund Leipzig e.V.

AmpelGRÜN bei Stadtradeln top!

Beim diesjährigen Stadtradeln hat unser Team AmpelGRÜN mit Platz 28 von 362 Teams und fast 10.000 gefahrenen Kilometern wieder eine tolle Platzierung erreicht und mit großem Abstand Platz 1 unter den Stadtratsfraktionen nach 2015 und 2016 verteidigen können!

Bundesweit haben wir so mitgewirkt, Leipzig mit einem neuen Rekord von insgesamt 1.35 Mio. km in den drei Stadtradel-Wochen als radfahrstärkste Kommune zu etablieren. Wir danken dem Ökolöwe - Umweltbund Leipzig e.V. für die tolle Organisation!

Der Bedarf ist da – für Kitas, Wohnen und Grünflächen!

von Michael Schmidt

Knapp 900 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen in Leipzig, um dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erfüllen zu können. Die Schaffung weiterer Kitaplätze ist damit eine Hauptaufgabe der wachsenden Stadt.

Unsere Fraktion unterstützt daher das von der Verwaltung initiierte Sofortprogramm „Leipzig-Kitas“ zum Bau von 14 Kitas auf zwölf kommunalen Grundstücken, fordert aber auch eine deutliche Beschleunigung von Planungs- und Bauprozessen bei weiteren Kitaprojekten, denn bis 2030 werden nach aktueller Bevölkerungsprognose mindestens weitere 40 Kita-Neubauten notwendig. Das Sofortprogramm ist nur ein erster Schritt, Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren, als die Stadt aufgrund knapper Kassen, fehlenden Personals und mangelhafter verwaltungsinterner Abstimmungsprozesse Kita- und Krippenplätze unterhalb des eigentlichen Bedarfs geschaffen hat.

Die Not um geeignete und zur Verfügung stehende Grundstücke offenbart auch die gravierende, sich widersprechende Konkurrenz der Nutzungsansprüche im Zuge der wachsenden Stadt. Und damit auch Fehler, die billigend in Kauf genommen wurden und uns über Jahre und Jahrzehnte teuer zu stehen kommen werden.

So standen von den zwölf kommunalen Grundstücken, die von der Verwaltung zur Bebauung ausgewählt wurden, bislang vier als Grünflächen der Öffentlichkeit zur Verfügung und werden ohne erkennbare Kompensation wegfallen. Auch müssen neben der Schaffung von Kitaplätzen dringend weitere Kapazitäten im Bereich Wohnen, Sport und anderer sozialer Infrastruktur geschaffen werden. Aufgrund der schlichtweg begrenzten Flächen ist deshalb ein grundlegendes Umdenken in der kommunalen Liegenschaftspolitik längst überfällig – Ankauf und Sicherung statt schnellen Verkauf muss oberste Prämisse sein.

Aber auch bei der Bebauung von Flächen erwarten wir ein Umsteuern: flächensparendes, ökologisches und stadtbegrünendes Bauen sowie Nutzungskombinationen von Gebäuden und Freiflächen muss zentrale Zielstellung werden. Auch wenn kooperative Bauprojekte längere Abstimmungs- und Planungsprozesse nach sich ziehen, haben sie den unersetzlichen Vorteil, dass ebenso dringliche Bedarfe gleichermaßen angegangen und gedeckt werden können. Unsere Fraktion hat dies bereits beim Bau der neuen Schwimmhalle auf dem Otto-Runki-Platz eingefordert. Doch auch die zwölf neuen Kitas werden monofunktional errichtet und so die Not an anderer Stelle vergrößert.

Unsere Fraktion fordert daher eine integrierte, an strategischen Zielen ausgerichtete Stadtentwicklung, eine konsequente Flächenbevorratung sowie die Anwendung der Grundsätze der kooperativen Baulandentwicklung. Für zukünftige Projekte wollen wir ein für allemal ausschließen, dass die wenigen zur Verfügung stehenden Freiräume mit monofunktionalen Gebäuden auf Jahrzehnte versiegelt werden, ohne dabei die konkurrierenden Nutzungsansprüche und dadurch entstehenden Probleme zu betrachten.

Michael Schmidt

Stadtrat, jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Jahrgang 1977, Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe, verheiratet, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH • Vergabegremium VOB

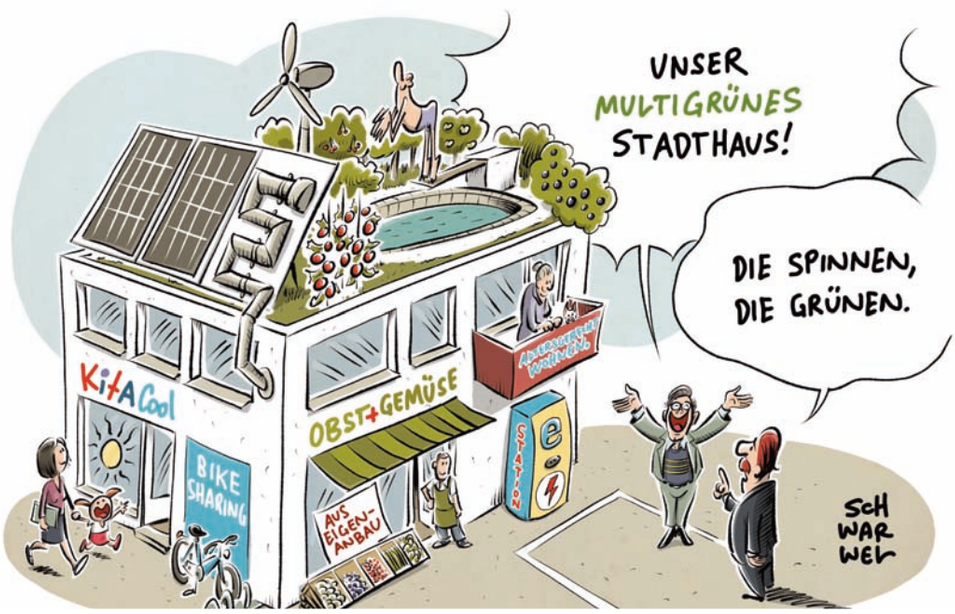


Foto: Schwarwel

Bildungsmöglichkeiten für junge Zugewanderte

von Petra Cagalj Sejdi

Im September wurde in der Bildungspolitischen Stunde des Stadtrats über Migration, Bildung und Integration besonders der Gruppe der 16- bis 27-jährigen MigrantInnen diskutiert. Ich arbeite selbst mit jungen Neuzugewanderten und möchte meine Erfahrungen daher gern einmal darstellen:

Ich betreue Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungsklassen mit beruflicher Ausrichtung (VKA). Alle zwischen 16 und 18 Jahre alt, die aus dem Ausland nach Sachsen kommen, werden ungeachtet ihrer Fähigkeiten, Kenntnisse und Pläne einer VKA zugewiesen. Sie lernen Deutsch und erhalten fachpraktischen Unterricht in niedrigschwelligen Berufen. Wer nach der VKA noch nicht volljährig ist, besucht ein berufsvorbereitendes Jahr und macht dort einen Hauptschulabschluss.

Was auf den ersten Blick als gute Möglichkeit erscheint, ausländische Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren, zeigt sich bei genauem Hinsehen aber als starres ungeeignetes Konstrukt. Die Gruppen sind in ihrer schulischen Vorbildung stark heterogen. Ungeachtet ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse sollen die Teilnehmenden an Berufe, wie z. B. Kosmetiker/in, Pflegehelfer/in oder Metallbauer/in u.a. herangeführt werden. Sie werden oft in vollen Klassen von Seiteneinsteigern unterrichtet, die selbst nur wenig Unterstützung erhalten. Die Frustration ist auf allen Seiten schnell groß.

Hier liegt der Fehler eindeutig bei der Bildungsagentur. Neuankommende Schüler werden zwar zu einer sogenannten Bildungsberatung eingeladen, hier werden jedoch nur Basisdaten aufgenommen, über das System der DaZ- und VKA-Klassen informiert. Vorangehende Bildung spielt bei der Zuteilung in Schulen und Klassen keine Rolle.

Schulpflicht bis Mitte zwanzig wäre ein Lösungsansatz, doch ist es nicht alles: Wir brauchen ein System, das auf die Bildungsvergangenheit der Neuzugewanderten aufbaut.

Foto: Pixabay • geralt

Ein anderes Problem ist, dass bei uns zu viel parallel läuft, sich behindert und nur selten aufeinander aufbaut. Jugendliche, die die Schule verlassen, landen beim Jobcenter oder der Agentur für Arbeit. Hier wird kein Kontakt zu den Schulen aufgenommen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Lehrenden, Betreuenden, Jobcenter und allen anderen Akteuren, die mit den Betroffenen in der Vergangenheit an ihren schulischen und sprachlichen Kenntnissen gearbeitet haben, würde verhindern, dass 19-Jährige nach intensivem Deutschlernen erneut frustriert in einem Sprachkurs landen, statt sich erfolgreich für einen Beruf zu qualifizieren.

Neben den bereits erwähnten schulischen Vorkenntnissen bringen viele Jugendliche auch berufliches Potenzial mit, was bisher weitgehend ungenutzt bleibt. An kaum einer Stelle interessiert man sich dafür. Statt Zeit und Mühen zu investieren, Menschen in starre vorgefertigte Konzepte zur beruflichen Qualifizierung zu zwängen und daneben alles nur auf den Spracherwerb zu fokussieren, sollten vorhandene berufliche Erfahrungen für den Arbeitsmarkt genutzt werden. Nur wenn wir Menschen die Chance geben, sich mit all ihren Fähigkeiten einzubringen, können wir auch eine gelungene Integration erreichen.

Petra Cagalj Sejdi

Stadträtin, migrationspolitische Sprecherin, Jahrgang 1978, verheiratet, 2 Kinder, Germanistin, Südosteuropawissenschaftlerin, Kommunikations- und Medienwissenschaftlerin M.A.

Jugendhilfeausschuss (inkl. Unterausschuss Jugendhilfeplanung) • FA Sport • Migrantenbeirat • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

Sicherheit über alles! Oder doch nicht?

von Dieter Deissler

In der Autoindustrie hat das Thema Sicherheit bei der Weiterentwicklung der Fahrzeuge einen hohen Stellenwert. Das sollte doch für den Radverkehr gleichermaßen gelten – sollte man meinen.

Mitnichten! Besonders im Herbst und Winter ist das Sehen und Gesehen werden für Radfahrer besonders wichtig. Das Tageslicht beschränkt sich auf wenige Stunden und erfahrungsgemäß wird in diesen Monaten auch nicht unbedingt die hellere Kleidung getragen. Wem erschließt sich dann, dass im Handel

Foto: Fraktion

Räder mit einer vorinstallierten Beleuchtung heute die Ausnahme sind? Sind es die paar Euro, die einen günstigeren Preis suggerieren? Unterstellt die Industrie, dass diese Käufer nur bei Helligkeit fahren?

Wer dann mal bei Dunkelheit unterwegs ist, wird eines Besseren belehrt. Sind die tausendfach angebotenen Nachrüstungen eine Alternative? Sicher nur sehr eingeschränkt. Mal ist die Batterie leer, mal verloren oder gestohlen, oder es wurde niemals eine Beleuchtung nachgerüstet. Deswegen: fest installiert ist besser und vor allem sicherer!

Im Stadtverkehr darf den Planern bescheinigt werden, der Sicherheit Priorität zu widmen. Dennoch sollen hier nur zwei Orte stellvertretend genannt werden, wo es noch ein großes Verbesserungspotenzial gibt.

Seit vielen Jahren sind die Probleme bei der Querung zwischen Bahnhof und Brühl bekannt, aber außer eines nur für Insider sichtbaren, in den Boden eingelassenen Metallbands, als Abgrenzung zwischen Geh- und Radweg fehlt bisher offensichtlich noch der Geistesblitz für eine wirklich bessere Lösung. Zumindest aber hört man aus der Verwaltung, dass diese sich intensiv mit der Gefahrenstelle beschäftigt und Lösungsvorschläge zeitnah in Aussicht stellt.

Der zweite erwähnenswerte Brennpunkt ist der sehr gut frequentierte Übergang von der Petersstraße zum Leuschnerplatz. Trotz einer gefühlten Breite, die ausreicht für drei Übergänge nebeneinander, scheint es nicht möglich zu sein, Markierungen für Fußgänger- und Radverkehr aufzubringen. Dies hat zur Folge, dass sich trotz der riesigen Breite permanent beide Gruppen in die Quere kommen. Besonders gefährlich wird es dann, wenn Fußgänger noch schnell über die Straße wollen, auch wenn die Ampel auf der eigenen Seite nur noch rötlich grün schimmert. Wenn dann auch noch Biker die Straße queren, die sich eher nicht zu der Gattung Freizeitradler zählen, wird es nicht selten sehr eng.

Aber da gibt es noch eine Steigerung für risikofreudige Verkehrsteilnehmer. Ob in Eile oder einfach nur verträumt, vereinzelt auch mit dem Handy beschäftigt, verlassen sich sowohl Fußgänger als auch Radfahrer auf das Grün (Grasgrün) ihrer Ampel, doch dann fährt die Straßenbahn los und im ungünstigsten Fall kommt auch von der Gegenseite eine zweite. Wer also die erste Bahn gerade noch so geschafft hat, ist aber dann doch wohl etwas schlanker geworden.

Deswegen der Ratschlag: Mit einem halben Liter wetterfester Farbe lässt sich das Problem zumindest teilweise lösen, in jedem Falle aber besser und vor allem sicherer!

Dieter Deissler

Stadtrat (WVL), Jahrgang 1949, Bauingenieur

FA Allgemeine Verwaltung • Grundstücksverkehrsausschuss • Aufsichtsrat LWB • Aufsichtsrat der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) • Aufsichtsrat Investregion Leipzig GmbH • Regionaler Planungsverband

Berichte aus dem Stadtrat

Mensch/Haustierbestattungen

Die Friedhofsatzung wird auf unsere Initiative hin angepasst, um der sich ändernden Lebenswirklichkeit des Zusammenlebens von Menschen und Tieren in unserer Stadt gerecht zu werden. Künftig wird es möglich, dass sich Menschen auf städtischen Friedhöfen gemeinsam mit der Asche ihres Haustieres bestatten lassen können, was bisher in Leipzig nicht gestattet war. Immer mehr Menschen verbringen Jahre mit ihren geliebten Haustieren und häufig sind das auch ihre letzten Weggefährten. Die gemeinsamen Mensch-Tier-Bestattungen sollen vorerst jedoch nur auf einem extra ausgewiesenen Grabfeld möglich sein.

Naturkundemuseum kommt!

Der Stadtrat hat den Planungsbeschluss und die Konzeption zum neuen Naturkundemuseum auf dem Spinnereigelände beschlossen und damit einen für unsere Fraktion sehr erfreulichen Schritt getan: nach 20 Jahren fruchtlosen Forderns und Diskutierens wird das neue Naturkundemuseum nun Wirklichkeit. Das Museumskonzept „Naturkundemuseum 4.0“ besticht durch seine Leitidee, wissenschaftliche Einrichtung und Vermittlungsstation, Archiv des regionalen Naturraumes, wie auch wichtige Bildungseinrichtung für Bürger und Bürgerinnen, Schulen und Hochschulen zu sein. Besonderer Anziehungspunkt soll der Eingangsbereich des Museums werden. Das Entree, ein lichtdurchflutetes Atrium mit einer Glaskonstruktion, wird ein Café beherbergen und den Gästen werden drei Themenstränge präsentiert.

Coffee to Mehrweg!

Unser lange diskutierter Antrag, Einwegbechern Einhalt zu gebieten, wurde vom Stadtrat beschlossen. Zuvor haben wir u. a. bei der Handwerkskammer für die Einführung eines einheitlichen Mehrwegbechersystems geworben. Auch ein Fördermittelprogramm des Bundes für innovative Umweltprojekte in den Kommunen stand im Raum. Mit uns warteten viele auf ein deutliches Zeichen der Stadt. Letztlich kam das nicht und man einigte sich mit einer Mehrheit des Stadtrates lediglich auf ein Bekenntnis zu Mehrwegbechern. Dies beinhaltet die Unterstützung von Initiativen zur Vermeidung. Das ist weniger als wir wollten, aber ein Anfang. Umweltinitiativen können sich darauf berufen und 2018 wieder auf Fördermittel hoffen. Wir bauen auf deren kreatives, innovatives Potenzial.

Mieterhöhungen eindämmen

Wir konnten erreichen, dass sich der Stadtrat dafür ausgesprochen hat, die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverhältnissen in Leipzig von 20 auf 15 Prozent abzusenken. Damit wurde der OBM beauftragt, bei der Sächsischen Staatsregierung eine diesbezügliche Änderung zu erwirken, die vermutlich im Frühjahr 2018 wirksam wird. Der Wohnungsmarkt ist in Leipzig bereits deutlich angespannt und viele Leipziger und Leipzigerinnen sind auch künftig auf günstige Wohnungen angewiesen. Eine Absenkung der Kappungsgrenze würde zudem auch bei Mieterhöhungen wirksam werden, die häufig bei einem Eigentümerwechsel die Folge sind. Wir halten die Einführung für geboten, um die Mieten insbesondere im Niedrigpreissegment zu schützen und bekennen uns zu einer sozialverträglichen Wohnraumversorgung in unserer Stadt. Dazu beitragen soll auch der qualifizierte Mietspiegel. Damit dieser positiv wirkt, braucht es aber eine Erhöhung des Berechnungszeitraumes der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf zehn Jahre. Für diese Reform werden wir uns auf Bundesebene einsetzen.

Entwicklungskonzept Clara-Zetkin-Park und Johannapark auf dem Weg

von Alrun Tauché

Nun ist es endlich beschlossen: Das lange erwartete Entwicklungskonzept für die beiden wichtigsten Parkteile in der Stadt.

Im April 2017 fand auf einem Abschlussforum eine Informationsveranstaltung dazu statt. Und es wurde durch die große Resonanz klar, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände, Gastronomen im Park und weitere Aktive engagiert und mit Ideen im mehrjährigen Verfahren eingebracht haben. Wie ist nun das Ergebnis?

In sechs Teilkonzepten wurde das Konzept gegliedert, um die Vielschichtigkeit der Themen und Problemlagen deutlich zu machen. Das erste Teilkonzept ist „Wege und Verkehr“. So ist es besonders erfreulich, dass das Konzept sichert, dass der Park autofrei bleibt oder besser, werden wird. Nicht nur das: auch die Anton-Bruckner- und die Max-Reger-Allee sollen aus dem Straßennetz genommen werden. Ebenso zu begrüßen sind die von unserer Fraktion initiierten und inzwischen eingerichteten Querungshilfen an der Karl-Tauchnitz-Straße am Johannapark, sie sichern einen relativ gefahrlosen Übergang in den Park. Andere Querungshilfen fehlen noch, wie z. B. in der Ferdinand-Lassalle-Straße nördlich am Clara-Zetkin-Park. Dass das Entwicklungskonzept allerdings noch nicht ausgereift war, wird daran ersichtlich, dass insgesamt acht Änderungsanträge zu Themen wie fehlende Toilettenanlagen im Park, maroden und fehlenden Wegen, Parkordnungen u. a. eingereicht wurden.

Insbesondere zum Thema Nachhaltiges Parkmanagement bleibt das Konzept viel zu vage und ist nicht hinreichend mit Maßnahmen untersetzt. Der Park darf nicht nur für Spiel und Sport da sein, sondern ist auch ein naturnaher und ruhiger Erholungsort und wertvoller Lebensraum für Pflanzen und Tiere, der zudem unmittelbar an das europäische Vogelschutzgebiet Leipziger Auwald (FFH) grenzt.

Dafür soll es künftig ein abgestuftes Pflegekonzept mit Zonierungen geben. Dies kann unseres Erachtens aber nur ein erster Schritt sein, um den Park langfristig wieder zu revitalisieren und vor einer weiteren Übernutzung zu schützen. Wir forderten deshalb erfolgreich eine Biodiversitätsstrategie, auf dessen Grundlage die weitere Pflege durchgeführt wird sowie den Verzicht von Tellersensen und Laubsaugern in besonders sensiblen Bereichen. Zudem sollen alle sich darin befindenden Naturdenkmäler mit Informationstafeln gekennzeichnet und aufgelistet werden.

Auch zum Teilkonzept „Abfallentsorgung“ konnte unsere Fraktion erfolgreich erwirken, dass nun endlich Hundekotbehälter (Abfallbehälter mit Beutelspender) in den beiden Parkteilen aufgestellt werden. Dies ist ein Novum und wird hoffentlich auch zu mehr Sauberkeit auf den Wegen und Plätzen führen.

Es ist gut, dass ein erster wichtiger Schritt gemacht ist. Was noch fehlt, sind konkrete Zeit- und weitere Finanzierungsaussagen. Deshalb gibt es hier noch viel zu tun und wir bleiben natürlich dran!

Alrun Tauché

Mitarbeiterin der Fraktion, Jahrgang 1966

Aufsichtsrat Zoo • Tierschutzbeirat • Stadtbezirksbeirat Mitte

Foto: Fraktion

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus/Zimmer 103
Tel.: 123-2179
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Redaktion: Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Michael Schmidt, Cordula Rosch, Alrun Tauché

Alle Portraits: Martin Jehnichen

Auflage: 10.000 Exemplare

Gestaltung: Ungestalt GbR, Leipzig, www.ungestalt.de

Produktion: LZ Medien GmbH